

# Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

an diesem Donnerstag haben wir im Plenum eine sehr ernsthafte und tiefgehende Debatte über die **Präimplantationsdiagnostik (PID)** geführt. PID bezeichnet die genetische Untersuchung von Embryonen aus künstlicher Befruchtung vor der Übertragung in die Gebärmutter. Dabei werden von mehreren Embryonen diejenigen ausgewählt, bei denen bestimmte Merkmale für Erbkrankheiten oder chromosomale Veränderungen ausgeschlossen werden können. Ich hatte mich nach der ersten Lesung der drei verschiedenen Gesetzentwürfe im April dazu entschlossen, für ein Verbot der PID zu stimmen. Ich will es mir nicht anmaßen, darüber zu entscheiden, welches Leben lebenswert ist – und welches dies nicht sein soll.

Am Ende hat der Gesetzentwurf die Mehrheit gefunden, der die PID zulässt, wenn ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Wie viele andere, die ein Verbot der PID unterstützen, habe ich die Befürchtung, dass mit dieser Ausnahme ein Tor geöffnet wird und in Zukunft noch weitere Ausnahmen beschlossen werden, bei denen die PID zum Einsatz kommen darf. Ich bin der Überzeugung: Ein Mensch ist ein Leben, und wie dieses Leben aussieht, entscheiden Gott und die Natur; dies sollte nicht in Reagenzgläsern geschehen. Ich weiß aber auch, dass sich wirklich jeder einzelne Abgeordnete intensiv und sehr persönlich mit dieser Frage auseinandergesetzt hat, und ich hoffe, dass die PID trotz dieser Entscheidung nicht zu häufig eingesetzt werden wird.



**Berlin-Brief, Ausgabe 100**  
**08. Juli 2011**

*Meine Termine*

**Europafest der SPD-  
Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt**  
09.07.2011, 14 h, Künzelsau, Keltergasse  
47

**Sommerfest des SPD-Ortsvereins Ne-  
ckarsulm**  
10.07.2011, 11 h, Neckarsulm, AWO-  
Waldheim

**Linsafamer Hocketse**  
10.07.2011, 13 h, Heilbronn-  
Neckargartach, alter Ortskern

**Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-  
Stiftung: Haben Tarifverträge noch  
einen Wert? Mit Josip Juratovic und  
Nikolaus Landgrad, DGB-  
Landesvorsitzender**  
12.07.2011, 19 h, Heilbronn, Haus des  
Handwerks

*Josip Juratovic MdB*

**Abgeordnetenbüro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030-227-70107  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)

**Bürgerbüro**  
Untere Neckarstr. 50  
74072 Heilbronn  
Tel. 07131-783616  
[josip.juratovic@wk.bundestag.de](mailto:josip.juratovic@wk.bundestag.de)

**Im Internet:**  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)

*Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekom-  
men? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!*



Eine ganz anders geartete Debatte führten wir am Mittwoch und Freitag über Anträge von SPD, Grünen und Linken, die die **Lieferung der Bundesregierung von 200 Kampfpanzern nach Saudi-Arabien** kritisieren. Union und FDP verraten damit die Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen in der arabischen Welt. Es ist absolut unverantwortlich, Panzer in ein Land zu liefern, von dem jeder weiß, dass das herrschende Regime im Land selbst, aber auch in den Nachbarländern jeden Ansatz einer Demokratisierung bekämpft. Im Jahr 2000 haben SPD und Grüne die Richtlinien für Rüstungsexporte verschärft. Darin heißt es seitdem: „Genehmigungen für Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern werden grundsätzlich nicht erteilt, wenn hinreichender Verdacht besteht, dass diese zur internen Repression (...) oder zu sonstigen fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden. Für diese Frage spielt die Menschenrechtssituation im Empfängerland eine wichtige Rolle.“ Die Bundesregierung verstößt eindeutig gegen diese Richtlinien. Es kann doch nicht sein, dass sich die Regierung mit warmen Worten hinter die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt stellt, und dann an die Regime, gegen die sich die Demokratiebewegung richtet, Panzer liefert!

Am Donnerstagnachmittag habe ich im Plenum in einer Aktuellen Stunde zur **Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt** gesprochen. Union und FDP feiern sich nun, weil sie der Meinung sind, dass es ihre Politik sei, die uns die höchste Erwerbstätigenquote in der Geschichte der Bundesrepublik beschert. Man muss jedoch hinter die Kulissen dieser Zahl schauen – denn hinter den hohen Zahlen verbergen sich Millionen Menschen in prekärer Beschäftigung. Und Schwarz-Gelb wird den Arbeitsmarkt noch weiter spalten, wenn die Regierung nun 26,5 Milliarden Euro bis 2015 in der aktiven Arbeitsmarktpolitik spart. Das bedeutet das Aus für die wichtigen Förderprogramme für Langzeitarbeitslose. Auf einer Arbeitsmarktkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am Mittwoch waren die Heilbronner Birgitt Wölbing (Arkus gGmbH) und Hannes Finkbeiner (Aufbaugilde) zu Gast. Wir sind uns einig: Durch die Kürzungen werden die Programme totgespart. Langzeitarbeitslose werden damit sämtlicher Beschäftigungschancen beraubt! **Meine Rede zur Situation auf dem Arbeitsmarkt finden Sie anbei.**

Mit der Jubiläumsausgabe, dem hundertsten Berlin-Brief, möchte ich mich von Ihnen in die Sommerpause verabschieden. Der nächste Berlin-Brief erscheint am 9. September.

Mit freundlichen Grüßen